

campus

**JOHN J.
MEARSHEIMER**

Lüge!

**VOM WERT DER
UNWAHRHEIT**

Inhalt

Einleitung	7
1 Was ist Lügen?	21
2 Das Inventar der internationalen Lüge	28
3 Lügen zwischen Staaten	33
4 Angstmache	58
5 Strategische Vertuschungen	80
6 Nationalistische Mythen	90
7 Völkerrechtslügen	97
8 Die Nachteile internationaler Lügen	104
9 Schluss	123
Nachwort	128
Anmerkungen	134

Einleitung

Die wichtigsten Mitglieder der Regierung Bush, die vor dem 19. März 2003 vehement auf eine Invasion des Irak drängten, gaben sich sicher, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfügte. Ihre Überzeugung, so behaupteten sie, fuße auf harten Beweisen. Kriegsbe-fürworter außerhalb der Regierung wiederholten diese Behauptung häufig. So entstand ein Chor der Falken, der viele Amerikaner überzeugte, es sei unerlässlich, den Irak zu entwaffnen und Saddam zu beseitigen. Aus dieser Perspektive war der Waffengang im Irak kein selbstgewählter, sondern ein notwendiger Krieg. Jeder, der an dieser Überzeugung rüttelte, konnte fast sicher damit rechnen, als Beschwichtiger, Narr oder sogar als unpatriotisch angeprangert zu werden. Als im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, mussten die Anhänger der Kriegspartei erklären, warum sie sich so vollständig geirrt hatten. Wie war es möglich, dass so viele, die sich über Saddams Waffenarsenale so sicher gewesen waren, derart falsch gelegen hatten?

Nach einer Erklärung ist der Grund für diesen schweren Fehler unmittelbar bei Saddam Hussein zu suchen, weil dieser uns so glaubwürdig belog, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen. Danach soll Saddam die Sorge umgetrieben haben, der Iran – vielleicht sogar die USA – könnte den Irak, der durch die vernichtende Niederlage im Ersten Golfkrieg von 1991 und durch das dem Land in der

Folge auferlegte Regime der Sanktionen und Inspektionen stark geschwächt war, überfallen. Zur Abschreckung vor einem Angriff, so lautet die Geschichte, habe Saddam falsche Informationen gestreut, die Teheran und Washington glauben machen sollten, er habe Massenvernichtungswaffen, die er im Kriegsfall einsetzen würde. Dies sei ihm umso leichter gefallen, als die Vereinten Nationen nicht mit einem hohen Maß an Sicherheit feststellen konnten, dass er keine Massenvernichtungswaffen mehr besaß, wenngleich sie keine harten Beweise für das Gegenteil hatten.

Dieser Argumentation folgte der sogenannte Duelfer-Bericht, der im September 2004 von der Iraq Survey Group vorgelegt wurde, ein internationales Team von über 1 400 Mitarbeitern mit der Aufgabe, die Massenvernichtungswaffen des Irak und die Infrastruktur zu ihrem Bau ausfindig zu machen. Geführt wurde die Gruppe vom ehemaligen UN-Waffeninspekteur Charles A. Duelfer. Im Anschluss an die Aufzählung der verschiedenen Bedrohungen, denen sich der Irak gegenüber sah, erläutert der Bericht: »Um diesen Bedrohungen zu begegnen, beharrte Saddam öffentlich darauf, Massenvernichtungswaffen zu besitzen.«¹ Der Bericht fährt fort: »Es scheint zwar, dass der Irak bis Mitte der 90er Jahre praktisch keine Vorräte an Massenvernichtungswaffen von militärischer Bedeutung mehr besaß; da es Saddam jedoch für erforderlich hielt, die Fähigkeit zum Einsatz solcher Waffen vorzuspiegeln, war es zu gefährlich, dies der internationalen Gemeinschaft, und insbesondere dem Iran, zu offenbaren.« George Tenet bringt in seinen Memoiren dasselbe Argument. »Wir hatten keinerlei Erfahrung mit einem Land, das keine solchen Waffen hatte, aber so tat, als besäße es sie«, schreibt er in *At the Center of the Storm*. »Vor dem Krieg verstanden wir nicht, dass er bluffte.«²

Trotz dieser Behauptungen kamen keinerlei Belege ans Licht, dass Saddam die Welt davon zu überzeugen suchte, im Besitz von Massenvernichtungswaffen zu sein. Der Duelfer-Bericht zum Beispiel lieferte keine Beweise dafür, dass der irakische Diktator bluffte. Es bleibt eine bloße Behauptung. In Wirklichkeit nährt der Bericht selbst Zweifel daran, denn er merkt an, dass »Saddam nie darüber sprach, Täuschung als Mittel der Politik einzusetzen«, und einer von Saddams zuverlässigsten Unterhändlern erklärte, dieser habe »nicht offenbart, die Welt über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen zu täuschen«.³ Tatsächlich versicherte er bei einer Reihe von Gelegenheiten, dass er keine Massenvernichtungswaffen besitze und die Wahrheit sage.⁴

Die Regierung Bush andererseits tischte der Öffentlichkeit im Vorfeld des Irakkriegs vier dicke Lügen auf. Sie werden später noch eingehender erörtert, ich möchte sie hier jedoch kurz erwähnen. Maßgebliche amerikanische Regierungsvertreter behaupteten, mit absoluter Sicherheit zu wissen, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge. Sie logen auch mit ihrer Behauptung, wasserdichte Beweise zu besitzen, dass Saddam eng mit Osama bin Laden verbündet sei, und sie gaben verschiedentlich Erklärungen ab, die den fälschlichen Eindruck erweckten, dass Saddam ein gewisses Maß an Verantwortung für die Attentate vom 11. September trage. Schließlich behaupteten verschiedene Mitglieder der Regierung, darunter Präsident Bush selbst, dass die US-Regierung noch immer offen für eine friedliche Beilegung des Streits mit Saddam sei, obwohl die Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, bereits gefallen war.

Kurz, Saddam sagte die Wahrheit, als er vor dem Irakkrieg von 2003 erklärte, keine Massenvernichtungswaffen zu haben, während führende Vertreter der Regierung Bush darüber logen, was sie tatsächlich im Hinblick auf solche

Waffen wussten. Sie logen auch in einigen anderen wichtigen Fragen. Dieses Verhalten der beiden Seiten könnte auf manche Leser überraschend, vielleicht sogar schockierend wirken. Man könnte meinen, dass es mindestens ein höchst ungewöhnlicher Fall ist. Doch das wäre ein Trugschluss. Das Verhalten beider Seiten stimmt mit zwei der wichtigsten Ergebnisse dieses Buches überein, namentlich, dass Staatsführungen anderen Ländern nur selten Unwahrheiten auftischen, stattdessen aber eher geneigt sind, ihr eigenes Volk zu belügen. Lassen Sie mich das erläutern.

Obwohl Lügen im gewöhnlichen Leben als tadelnswertes Verhalten gilt, ist es in der internationalen Politik akzeptabel, weil es für die politische Führung eines Landes zuweilen gute strategische Gründe gibt, andere Länder und selbst das eigene Volk zu belügen. Tatsächlich wird unter Staaten dennoch nicht viel gelogen. Als ich mit dieser Untersuchung begann, ging ich davon aus, eine Fülle von Belegen für Lügen zwischen den Politikern und Diplomaten verschiedener Länder zu finden. Aber diese erste Annahme erwies sich als falsch. Stattdessen kostete es mich schon einige Mühe, jene Beispiele für internationale Lügen aufzutreiben, die ich in diesem Buch behandle. Regierungen belügen andere Länder gelegentlich, doch weit weniger, als man denken würde. Deshalb ist es nicht überraschend, dass Saddam Hussein nicht log, als er vor dem Irakkrieg den Besitz von Massenvernichtungswaffen leugnete, was nicht heißt, dass es keine Umstände gab, unter denen er gelogen hätte.

Staatsführungen sind offenbar eher geneigt, in außenpolitischen Fragen ihr eigenes Volk zu belügen als andere Länder. Das ist gewiss der Fall bei Demokratien, die ehrgeizige außenpolitische Ziele verfolgen und dazu tendieren, selbstgewählte Kriege zu führen, das heißt solche, die nicht mit einer klaren und unmittelbaren Bedrohung für

die vitalen Interessen eines Landes, der nur mit Gewalt zu begegnen wäre, begründet werden können. Natürlich passt diese Beschreibung auf die Vereinigten Staaten in den letzten 70 Jahren, und es ist nicht überraschend, dass amerikanische Präsidenten ihren Mitbürgern im Lauf dieser sieben Jahrzehnte eine Reihe dicker außenpolitischer Lügen vorgesetzt haben. Es ist somit kaum verwunderlich, dass Schlüsselfiguren der Bush-Administration – darunter der Präsident selbst – das amerikanische Volk im Vorfeld des Irakkriegs belogen. Bush trat damit in die Fußstapfen illustrierter Vorgänger wie Franklin D. Roosevelt, der 1941 über einen Zwischenfall auf hoher See log, um die USA in den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, und Lyndon B. Johnson, der im Sommer 1964 über Ereignisse im Golf von Tonkin log, um die Zustimmung des Kongresses für einen Krieg gegen Nordvietnam zu erhalten.

Es ist wichtig zu betonen, dass in keinem dieser Fälle der Präsident oder ein Mitglied seines Führungsstabs log, um sich einen kleinen persönlichen Vorteil zu verschaffen. Sie glaubten, im nationalen Interesse der USA zu handeln, was nicht sagen will, dass ihre Taten in jedem Fall klug waren. Aber Tatsache ist, dass es gute strategische Gründe gibt, warum politische Führer sowohl die Öffentlichkeit als auch andere Länder belügen. Diese pragmatische Logik sticht fast immer das wohlbekannte und weithin akzeptierte moralische Verbot des Lügens aus. Tatsächlich glauben die Regierenden manchmal, eine moralische Pflicht zum Lügen zu haben, um ihr Land zu beschützen. Regierungen lügen in außenpolitischen Fragen selbstredend nicht immer, aber sie sagen gelegentlich etwas, oder deuten es an, von dem sie wissen, dass es nicht wahr ist. Die Öffentlichkeit bestraft sie jedoch gewöhnlich nicht für ihre Täuschungen, es sei denn, diese nehmen ein schlim-

mes Ende. Anscheinend sind Politiker und Öffentlichkeit gleichermaßen überzeugt, dass Lügen ein fester Bestandteil der internationalen Beziehungen ist.

In der Innenpolitik, im Geschäfts- und Privatleben ist die Lüge dagegen im Allgemeinen verpönt, abgesehen von einigen besonderen Umständen, zum Beispiel, wenn man um den angemessenen Kaufpreis eines Hauses feilscht oder von einem unschuldigen Menschen Unheil abwenden will. Die meisten Menschen betrachten »lässliche Lügen« von Freunden, wenn sie zum Beispiel bei einer Abendgesellschaft das schlechte Essen der Gastgeber loben, oder von Eltern, die damit ihre Kinder beschützen wollen, als erlaubt. Schließlich geht es bei diesen Lügen um wenig, und sie werden zum Wohl eines anderen erzählt.⁵ Dies sind altruistische Lügen. Aber insgesamt wird Lügen weithin als etwas betrachtet, das eine korrumpierende Wirkung auf Einzelne und die Gesellschaft hat, in der wir leben. Es ist daher nicht überraschend, dass Menschen häufig die Wahrheit sagen, selbst wenn das nicht in ihrem eigenen materiellen Interesse liegt. Damit soll nicht bestritten werden, dass es in jeder Gesellschaft ein gerüttelt Maß an inakzeptablen Lügen gibt. Dennoch, je weniger es davon gibt, desto besser. Daher ist es sehr sinnvoll, Lügen innerhalb einer Gesellschaft zu vermeiden und zu ächten.

Es gibt eine schlichte Erklärung für diese verschiedenen Haltungen gegenüber der Lüge innerhalb einer Gesellschaft einerseits und in der Außenpolitik andererseits. Eine Regierung hat keine höhere Verpflichtung, als das Überleben ihres Landes zu sichern. Doch Staaten bewegen sich in einem anarchischen System, ohne eine höhere Autorität, an die sie sich wenden können, wenn sie ernstlich von einem anderen Staat bedroht werden. In der rauen Welt der internationalen Politik gibt es keinen 110-Notruf,

den man wählen könnte, wenn ein Staat in Schwierigkeiten gerät. Daher sind sich Regierungen und ihre jeweilige Öffentlichkeit bewusst, dass Staaten sich in einer Welt der Selbsthilfe bewegen, in der sie tun müssen, was immer notwendig ist, um für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Wenn das bedeutet, zu lügen und zu betrügen, so sei es. Mit anderen Worten, die internationale Politik ist ein Feld, auf dem Regeln oft gebrochen werden, ohne dass dies große Konsequenzen hätte. Das heißt nicht, dass Politiker jubilieren, wenn sie andere belügen, oder dass nicht viele von ihnen lieber eine internationale Ordnung in Kraft sähen, in der wohldefinierte moralische Prinzipien herrschen. Aber es ist in Ermangelung eines gemeinsamen Souveräns eben nicht möglich, solche Prinzipien durchzusetzen.

Im Gegensatz zum internationalen System ist die Struktur eines Staatswesens hierarchisch, nicht anarchisch. In einem wohlgeordneten Staat gibt es eine höhere Autorität – den Staat selbst –, an den sich die Einzelnen um Schutz wenden können. Folglich haben die Einzelnen innerhalb eines Staates nicht die gleichen Anreize, zu betrügen und zu lügen, wie Staaten untereinander. Tatsächlich lässt sich überzeugend argumentieren, dass häufiges und weitverbreitetes Lügen das Innenleben eines Staates bedroht. Dies zu einem Gutteil aus rein utilitaristischen Gründen, da es schwer ist, für das reibungslose Funktionieren eines Staates zu sorgen, wenn die Menschen einander unablässig die Unwahrheit sagen. Man kann auch moralisch gegen das Lügen innerhalb eines Staatswesens argumentieren, weil hier gewöhnlich eine wohldefinierte Gesellschaft vorhanden ist, was in der internationalen Politik nicht der Fall ist. Thomas Hobbes brachte dies im *Leviathan* lapidar auf den Punkt: »Bevor die Bezeichnungen gerecht und ungerecht Platz greifen können, muss es daher eine zwingende Macht

geben, um (...) die Menschen zur Erfüllung ihrer Verträge durch die Angst vor einer Strafe zu nötigen (...) wo es kein Gemeinwesen gibt, ist deshalb nichts ungerecht.«⁶

Lügen ist offensichtlich eine Form der Täuschung, aber nicht jede Täuschung ist eine Lüge. Es gibt noch zwei weitere Arten der Täuschung: Verheimlichung und Schönfärberei. Anders als bei der Lüge muss man dabei keine falsche Aussage machen oder eine Geschichte mit einem unwahren Kern erzählen. Verheimlichung und Schönfärberei sind jedoch nicht dasselbe wie die Wahrheit zu sagen.

Diese beiden Arten der Täuschung durchdringen jeden Bereich des täglichen Lebens und werden kaum je beklagt. Bei einem Vorstellungsgespräch zum Beispiel darf der Bewerber seinen Lebenslauf im günstigsten Licht präsentieren. Ihm steht es frei, weniger Schmeichelhaftes wegzulassen.⁷ Die Politik ist ein besonders fruchtbarer Boden für Schönfärberei und Verheimlichung. Ein Regierungschef kann sich zur Lage der Wirtschaft äußern und dabei die positiven Trends akzentuieren und die negativen herunterspielen oder sogar ignorieren, während es einem Kritiker der Opposition freisteht, das Gegenteil zu tun. Aber keiner von beiden darf lügen, um seine Äußerungen zu untermauern. Tatsächlich dürften sie beträchtlichen politischen Schaden davontragen, wenn man sie bei einer Lüge erwischte.

Das gilt jedoch nicht, wo es um außenpolitische Angelegenheiten geht. Regierungen und Diplomaten werden für solche Lügen selten bestraft, besonders nicht, wenn sie damit andere Länder täuschen. Die einzige Ausnahme von dieser Regel bildet wohl der Fall, wenn eine Regierung ihre Bürger über eine Entscheidung belügt, die so gründlich schiefgeht, dass sie offensichtlich dem nationalen Interesse schadet. Doch selbst hier besteht der Hauptgrund,

warum die Regierung den Zorn der Öffentlichkeit auf sich ziehen dürfte, darin, dass ihre Politik gescheitert ist, und nicht darin, dass sie gelogen hat. Natürlich ist das auch der Grund, warum Regierungspolitiker, die bei einer Lüge erappt werden, kaum einen politischen Preis zahlen müssen, wenn alles so klappt wie geplant. Wo es um Außenpolitik geht, entschuldigt der Erfolg die Lüge oder macht sie zumindest erträglich.

Kurz, Verheimlichung und Schönfärberei werden in der Innen- wie in der Außenpolitik im Allgemeinen als legitim angesehen. Lügen ist etwas anderes. Es wird in den meisten Lebensbereichen als unzulässig angesehen, bis auf die internationale Politik, wo man es als bedauerlich, aber zuweilen notwendig erachtet.

Was vor uns liegt

Es gibt eine Menge Bücher über das Lügen, aber es ist kaum eines darunter, das sich ausdrücklich mit der Lüge in der internationalen Politik befasst. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt Eric Altermans *When Presidents Lie. A History of Official Deception and Its Consequences* dar, eine exzellente Schilderung der Lügen amerikanischer Präsidenten in den vergangenen 70 Jahren.⁸ Alterman ist jedoch kein Sozialwissenschaftler und versucht keine theoretische Behandlung der Lüge in der internationalen Politik. Und auch sonst hat das anscheinend noch niemand unternommen. Es ließe sich einwenden, dass es zahlreiche Studien gibt, die sich mit der Täuschung unter Staaten beschäftigen. Das stimmt zwar, doch in der Regel unterscheidet diese Literatur nicht zwischen Verheimlichung, Lüge und Schönfärberei, vor allem konzentriert sich kein Werk auf